



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 30. September 2013

68. Jahrgang/Nr. 228 • Bundesausgabe 1,60 €, Auslandspreis 1,90 €

STANDPUNKT

Zwei Flanken

Wolfgang Hübner

Das politische Beben, das die Bundestagswahl ausgelöst hat, hält an. Es war dies eine Wahl, nach der vor allem die Verlierer, aber auch die vermeintlich große Siegerin nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können. Zu diffizil ist die Situation. Gleichwohl bleibt für geruhige Analyse wenig Zeit: Noch mitten in der Aufarbeitung muss darüber geredet, gestritten, verhandelt werden, wer mit wem in wessen Interesse regieren soll. Die SPD wird mit dem hohl klingenden Argument der staatsbürgerlichen Verantwortung in Richtung einer Großen Koalition geschoben.

Solche Phrasen gehören zur Politfolklore; entscheidend dürfte etwas anderes sein: die Abwägung nämlich, was die Sozialdemokraten zu gewinnen oder zu verlieren hätten, wenn es in naher Zukunft zu Neuwahlen kommt, weil keine Regierung zustande kommt. Zu befürchten ist, dass es für die SPD (und auch für die Grünen) dann noch grausamer käme.

Deshalb heißt es jetzt: Augen auf und durch! Sigmar Gabriel und seine Leute müssen an zwei Flanken taktieren. Sie müssen gegenüber der Union optisch und inhaltlich etwas herausholen und der eigenen Basis das ungeliebte, teils verhasste Bündnis schmackhaft machen. Noch zu gut ist in Erinnerung, dass die letzte Große Koalition 2005 mit einer drastischen Erhöhung der Mehrwertsteuer startete. Wie schwierig das Verhandeln auch diesmal wird, zeigen die gleichzeitigen Drohungen und Lockrufe aus der Union, die ganz nebenbei versucht, SPD und Grüne gegeneinander auszuspielen.

Unten links

Ob immer **drauf** stehen muss, was **drin** ist – das ist eine häufig diskutierte Frage. Jetzt hat ein Gericht in Koblenz entschieden: Eine Weinschorle darf Winzerschorle heißen, auch wenn sie gar nicht vom Winzer stammt. Schließlich handele es sich eher um eine allgemeine Produktbezeichnung. Dieses Urteil lässt uns aufhorchen, denn gerade überlegt ja die SPD, ob sie die nächsten Jahre mit der Union regieren soll. Schwarz-Rot wird so etwas landläufig genannt, doch seit langem gibt es Menschen, die der SPD das Recht absprechen, sich noch mit der Farbe oder der Bezeichnung Rot zu schmücken. Wie das traurige Schicksal der FDP demonstrierte, kann man als Partner von Angela Merkel sogar jegliche Farbe verlieren und farblos wie ein Grottenolm im Orkus verschwinden. Doch dank den Koblenzer Richtern wissen wir: Schwarz-Rot ist nichts weiter als eine allgemeine Produktbezeichnung und darf verwendet werden – egal, wieviel SPD oder Rot am Ende wirklich drin ist. *wh*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-3375

Fertigmachen zum Krötenschlucken

SPD und Grüne bereit zu Sondierungsgesprächen über Koalition mit der Union



Als noch gute Laune angesagt war: Grünen-Wahlparteitag im April 2013 mit SPD-Besuch

Foto: dpa/Hannibal

Berlin (nd). Konservative und Sozialdemokraten werden Sondierungsgespräche über eine gemeinsame Regierung führten. Dies beschloss der SPD-Parteirat an diesem Wochenende. Das letzte Wort jedoch haben die 470 000 Parteimitglieder: Von ihrem Einverständnis hängt am Ende von möglichen Koalitionsverhandlungen ab, ob es zur Bildung einer Großen Koalition kommt. Die Sozialdemokraten wollen auf der Grundlage ihres Regierungsprogramms nun Kompromisse ausloten – und pochen auf einen Mindestlohn, eine Mietbremse, eine Rentenreform und auf höhere Steuern für Besserverdienende.

Innerhalb der SPD gibt es eine erste Stimme, die die Akzeptanz des bei den Genossen umstrittenen Betreuungsgeldes fordert. Eine Koalition setze voraus, »dass der eine Partner auch die Herzensanliegen des jeweiligen an-

deren Partners akzeptiert«, so der Sprecher des konservativen Seeheimer Kreises, Johannes Kahrs. Eine Steilvorlage für den Berliner SPD-Vorsitzenden Jan Stöb: »Alle, die jetzt schon Positionen räumen und zu Protokoll geben, wie viele Ministerposten man beansprucht, haben eine gute Gelegenheit verpasst, die Klappe zu halten. Wir brauchen nun erst einmal den Raum, um zu sehen, was geht«, so der Parteilinie im nd-Interview.

Bei Bündnis 90/Die Grünen beschlossen die Delegierten eines kleinen Parteitags eine Neuwahl der Parteiführung. Wenn es zu Sondierungsgesprächen mit der Union komme, sollen diese noch vom alten Spitzenpersonal geführt werden, mögliche Koalitionsverhandlungen auch von neuen Köpfen aus den Ländern. Gestritten wurde außerdem über den künftigen Kurs der Ökopartei. Auslöser ist ihr

schlechte Abscheiden bei der Bundestagswahlen vor einer Woche. Die neue Parteispitze soll auf dem Bundesparteitag vom 18. bis 20. Oktober gewählt werden.

Führende Unionspolitiker sprachen sich unterdessen gegen eine von der SPD geforderte Anhebung des Spitzensteuersatzes aus. »Wir haben derzeit die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten, der Staat muss mit dem auskommen, was er hat. Deshalb kommen Steuererhöhungen für meine Partei nicht in Frage«, erklärte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dementierte, dass er höhere Steuern für Spitzenverdiener plane. »Es gibt keinen Grund, die Steuern zu erhöhen. Darum gilt weiterhin das, was wir vor der Wahl gesagt haben: keine Steuererhöhungen.« *Seiten 4, 5 und 6*

Rechtspopulisten dritte Kraft

Parlamentswahl in Österreich: Große Koalition behauptet sich knapp

Die Große Koalition hat bei der Parlamentswahl in Österreich laut Hochrechnung vom Sonntagabend ihre Mehrheit trotz Verlusten knapp behaupten können.

Wien (Agenturen/nd). Die sozialdemokratische SPÖ und die konservative ÖVP kamen laut einer Hochrechnung des ORF gemeinsam auf knapp über 50 Prozent. Im Nationalrat mit seinen 183 Sitzen haben beide Parteien 97 Mandate, fünf mehr als die nötigen 92 Mandate. Stärkste Partei bleibt trotz eines historischen Tiefstands mit 26,6 Prozent die SPÖ mit Bundeskanzler Werner Faymann.

Die ÖVP stürzte nach den Prognosen um 2,3 Prozentpunkte auf 23,8 Prozent ab. Damit liegen die Konservativen nur knapp vor den Rechten: Die rechtspopulistische FPÖ holte mit einem Plus von 4,5 Pro-

zentpunkten 22 Prozent. Die Grünen kamen mit einem Plus von 1,1 Prozentpunkten auf 11,5 Prozent.

Zwei neu gegründete Parteien schafften laut Hochrechnungen direkt den Einzug in den Nationalrat: Das Team Stronach des 81-jährigen Milliardärs Frank Stronach kam auf zunächst 5,9 Prozent. Die liberalen Neos schafften mit 4,6 Prozent knapp den Sprung über die in Österreich geltende Vier-Prozent-Hürde.

Gescheitert ist nach den Prognosen die Ex-Jörg-Haider-Partei BZÖ mit 3,7 Prozent. Bei den Wahlen 2008 hatte das damals noch vom später tödlich verunglückten Rechtspopulisten Haider geführte Bündnis noch 10,7 Prozent geholt.

Die große Koalition ist die mit Abstand häufigste Regierungsform im Alpenland. In Ös-

terreich regieren seit 68 Jahren SPÖ und ÖVP gemeinsam oder abwechselnd. Die Hauptthemen des Wahlkampfes waren Steuern, Renten und Arbeitslosigkeit. Die Regierungsparteien konnten damit punkten, dass in Österreich die Arbeitslosenquote den niedrigen Stand von 4,8 Prozent hat.

Die rechte FPÖ setzte statt Hetzparolen wie das bei vergangenen Wahlen plakatierte »Daham (Daheim) statt Islam« bei gleicher Botschaft auf Subtileres: Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache lächelte neben dem Slogan »Liebe deinen Nächsten – Für mich sind das unsere Österreicher« von den Plakaten. Ihr Anti-EU-Kurs eint sie mit dem Team Stronach, das ihr schon bei Landtagswahlen Wähler abjagte. Der Gründer des Autoteilezulieferers Magna betreibt keine Ausländerhetze,

fährt aber ebenfalls einen system- wie eurokritischen Kurs, verspricht unter anderem ein völlig neues Steuersystem.

Die Grünen versuchten, sich neben ihrem Öko-Kernthema als einzige Partei zu profilieren, die nicht in einen der zahlreichen Korruptionsskandale im Land verwickelt ist.

Zur Stimmabgabe aufgerufen waren rund 6,4 Millionen Österreicher ab 16 Jahren. Die Wahllokale waren von 6 Uhr bis 17 Uhr geöffnet. Als einziges Land in Europa erlaubt Österreich Jugendlichen bereits ab 16 Jahren die Stimmabgabe. Mit einem Anteil von 14 Prozent war die Zahl der registrierten Briefwähler hoch. Da ein Teil dieser Stimmen noch an diesem Montag ausgezählt wird, können noch Abweichungen vom ersten Ergebnis am Sonntagabend entstehen.

Griechenland geht mit Härte gegen Nazipartei vor

Haftbefehle gegen Führung der rechtsradikalen Chrysi Avgi

Athen (Agenturen/nd). Griechenland greift erstmals mit aller Härte gegen eine immer stärker werdende Neonazi-Szene durch: Die Justiz hat Haftbefehle gegen die Führung der rechtsradikalen Partei Chrysi Avgi erlassen. Parteichef Nikolaos Michaloliakos sowie vier weitere Abgeordnete und 15 Parteifunktionäre wurden am Samstag verhaftet. Am Sonntag stellte sich Chefideologe Christos Pappas – den rechten Arm zum Hitlergruß erhoben. Die Staatsanwaltschaft wirft den Männern vor, sie hätten die Neonazi-Partei in eine kriminelle Vereinigung umgewandelt. Die Führungsriege der Chrysi Avgi hat jetzt drei Tage lang Zeit, um ihre Verteidigung beim Haftprüfungstermin am Dienstag vorzubereiten, teilte die Staatsanwaltschaft in Athen mit.

Die Polizei sucht nach eigenen Angaben noch nach weiteren zehn Parteifunktionären. Den Neonazis werden außer der Bildung einer kriminellen Vereinigung noch Totschlag, Körperverletzung und Erpressung, illegaler Waffenbesitz, Sprengstoffanschläge sowie Geldwäsche zur Last gelegt.

Es ist das erste Mal seit Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland im Jahr 1974, dass ein Parteivorsitzender verhaftet wurde. Die Verfassung bietet aber keine Möglichkeit, eine mit den Stimmen der Bevölkerung ins Parlament gewählte Partei zu verbieten.

»Sie werden einen gerechten Prozess bekommen«, sagte Justizminister Charalambos Athanasiou nach einem Treffen mit Regierungschef Antonis Samaras. Die griechische EU-Kommissarin Maria Damanaki erklärte in Brüssel, Griechenland habe demokratische Institutionen, die nach den Vorgaben des Gesetzes arbeiteten. Die Vorwürfe gegen die Neonazis sollen auf Aussagen von Migranten, Opfern von Körperverletzungen sowie ehemaligen und aktiven Parteimitgliedern basieren. Außerdem habe der Nachrichtendienst EYP im Auftrag der Ermittler Telefongespräche der Funktionäre mitgeschnitten, hieß es.

SPORT

Kipsang läuft Weltrekord

Berlin (dpa). Der Kenianer Wilson Kipsang ist beim 40. Berlin-Marathon Weltrekord gelaufen. Der 31-Jährige gewann am Sonntag den 42,195-Kilometer-Klassiker in 2:03:23 Stunden und blieb damit deutlich unter der alten Bestmarke seines Landsmanns Patrick Makau. Dieser war am 25. September 2011 ebenfalls in Berlin 2:03:38 gelaufen. Kipsang sicherte sich damit eine Siegpriämie in Höhe von 40 000 Euro, zudem gibt es 50 000 Euro für den Rekord.

Rui Costa ist Weltmeister

Florenz (dpa). Rui Costa hat bei der Rad-WM in Florenz den Titel im Straßenrennen gewonnen. Der Portugiese setzte sich am Sonntag nach insgesamt 272,3 Kilometern vor Joaquin Rodriguez aus Spanien durch. Dritter wurde dessen Landsmann Alejandro Valverde. Der italienische Favorit Vincenzo Nibali verpasste nach einem Sturz 35 Kilometer vor dem Ziel als Vierter das Podest.

Olympiafackel ist unterwegs

Athen/Olympia (dpa). Im Beisein des neuen IOC-Präsidenten Thomas Bach ist am Sonntag bei einer traditionellen Zeremonie im griechischen Olympia das Olympische Feuer für die Winterspiele 2014 in Sotschi entzündet worden. Der längste Fackellauf bei Winterspielen soll über insgesamt 65 000 Kilometer führen. Für Bach war der Besuch Olympias gleichzeitig seine erste Dienstreise als IOC-Präsident. »Ich bin mir sicher, Sotschi wird ausgezeichnete Spiele veranstalten«, sagte Bach. *Sport Seiten 18 bis 20*

